

Jutta Haug

Mitglied des Europäischen Parlaments

Brüssel, den 8. März 2013

Liebe Genossinnen,

heute ist Internationaler Frauentag! Auf der ganzen Welt erinnern Frauen daran, dass sie immer noch für gleiche Chancen und gleiche Rechte streiten müssen. Auf vielen Veranstaltungen überall im Land werden auch wir als sozialdemokratische Frauen unsere Erfolge feiern oder unsere Forderungen formulieren. Immer dran denken: Wir sind die Lösung, nicht das Problem!!!

Frauenpolitik im Europäischen Parlament gehört zum "täglichen Brot": Viel diskutiert worden ist bereits im November der Vorschlag der Europäischen Kommission, eine „Frauenquote in öffentlichen und privaten Unternehmen“ einzuführen. Auch wir im EP haben uns diesem Thema gewidmet. Direkt am Anfang des neuen Jahres stand das Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ auf der Tagesordnung und im Februar der Beschluss der sogenannten „Jugendgarantie“. Zu diesen drei Themenbereichen möchte ich Euch einige Informationen geben.

° „Frauenquote in öffentlichen und privaten Unternehmen“: Die Kommission hat im November einen Richtlinienvorschlag unterbreitet, der vorsieht, bis 2018 in allen Aufsichtsräten von öffentlichen und bis 2020 in allen privaten Unternehmen eine 40 Prozent Quote des im Unternehmen „unterrepräsentierten Geschlechts“ zu garantieren. Neu ist vor allem, dass die Auswahl von Aufsichtsratsmitgliedern auf der Basis von neutralen, einheitlichen Kriterien erfolgt. So soll bei der Bewerbung für den Aufsichtsrat bei gleicher Qualifikation das im Unternehmen unterrepräsentierte Geschlecht berücksichtigt werden. Dieser Schritt ist dringend notwendig: in Deutschland sind z.B. nur 15 Prozent der Aufsichtsräte von Unternehmen Frauen, bei Vorständen sind es gerade einmal 3 Prozent. Der Vorschlag der Kommission geht jedoch gerade bei den Sanktionsmöglichkeiten nicht weit genug. Die Forderung der Sozialdemokratinnen war – und ist es nach wie vor – dass der Katalog an Sanktionen verbessert werden muss. So sollte es möglich sein, Fördermittel zu entziehen oder Unternehmen von öffentlichen Ausschreibungen auszuschließen, wenn die gesetzliche Quote nicht eingehalten wird. Dass nun ausgerechnet in dieser Woche, der Woche des Internationalen Frauentages die deutsche Regierung der Ständigen Vertretung in Brüssel die Anweisung geschickt hat, eine Blockademinderheit gegen den Kommissionsvorschlag im Rat zu organisieren, ist völlig unakzeptabel!

° „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“ zählt weltweit und strukturell gesehen zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen und ist ein Phänomen, das unabhängig vom Alter, Bildungsstand, Einkommen und von sozialer Stellung auftritt. Sie ist sowohl Folge als auch Ursache der Ungleichheit von Mann und Frau. Gewalt gegen Frauen und Mädchen zieht hohe wirtschaftliche und soziale Kosten nach sich, alle Arten der Gewalt (physische, sexuelle und psychische) müssen bekämpft werden. Besonders schockierende Beispiele dieser Gewalt erreichten uns in letzter Zeit aus Indien, wo Vergewaltigungen und andere Formen der Demütigungen für viele Frauen trauriger Alltag sind. Das EU-Parlament hat im Januar deshalb erneut einen Entschließungsantrag behandelt, der sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Wir Parlamentarierinnen fordern darin u. a. die Mitgliedsstaaten auf, ihre Hausaufgaben bei diesem wichtigen Thema zu machen. Konkret sollen ihre Mittel zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen erhöht werden, bestehende Maßnahmen verbessert und mehr Mittel für das VN Organ „Women“ bereitgestellt werden. VN Woman arbeitet weltweit an dem Thema und vereint als wichtiger Akteur alle einschlägigen Interessenträgerinnen.

° Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa hat für die Menschen vielfach erschreckende Auswirkungen. Mit 5,7 Millionen Arbeitslosen zwischen 18 und 25 Jahren ist ein neuer Negativrekord dieses Jahr erreicht worden. Dies entspricht einer Jugendarbeitslosigkeit von 23,4 % - wobei regional große Unterschiede bemerkbar sind. Insbesondere junge Frauen sind von dieser Thematik besonders betroffen. Die Kosten, die entstehen, wenn das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht beseitigt wird, sind gewaltig. Sie werden auf bis zu 153 Milliarden Euro geschätzt. Wir Sozialdemokraten haben mit unserer Kampagne „A European Youth Guarantee now“ dieses Thema schon länger auf unserer politischen Agenda. Unseren Forderungen hat sich das Europaparlament im Februar mit großer Mehrheit angeschlossen. Damit sollen alle 18- bis 25-Jährigen (bzw. bis 30-Jährigen mit Studienabschluss) spätestens vier Monate nach Abschluss der Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes eine neue Beschäftigung, Ausbildung oder Weiterbildung bekommen. Der Teufel steckt hierbei jedoch im Detail: Bisher haben die Betroffenen keinen Rechtsanspruch auf die Jugendgarantie. Zudem werden die bereitgestellten Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert, obwohl der Rat diese Mittel um die Hälfte streichen will. Die "Extra"-Mittel für die Jugendgarantie von 6 Milliarden Euro sollen durch Kürzungen an anderer Stelle zu Stande kommen, etwa bei regionalen Fonds oder Eingliederungshilfen für ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Gespart wird hier an der falschen Stelle – ein gezieltes Investitionsprogramm in Bildung, Arbeit und Armutsbekämpfung fehlt nach wie vor. Wir Sozialdemokraten setzen uns weiter hierfür in Europa ein!

Auch dieses Jahr verspricht, auf europäischer Ebene in frauenpolitischen Themen spannend zu bleiben. Über aktuelle Entwicklungen werde ich Euch an dieser Stelle auf dem Laufenden halten.

Ich wünsche Euch einen gelungenen internationalen Frauentag, viel Erfolg für Eure Aktionen vor Ort und sende Euch aus Brüssel

herzliche Grüße,



Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018
Mail: europabuero@jutta-haug.de, Homepage: www.jutta-haug.de